

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 12. Juni 2001
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken über den Rhein,
die nicht in der Baulast der Vertragsparteien liegen**

A. Problem und Ziel

Auf Grund des beabsichtigten Baues von zunächst drei neuen Grenzbrücken (Hartheim/Fessenheim, Weil am Rhein/Hünningen, Kehl/Straßburg) bestand völkerrechtlicher Regelungsbedarf. Vor allem aus praktischen Gründen sind Grenzbrücken unter einem einheitlichen Rechtsregime zu errichten. Dies erfordert eine völkerrechtliche Übereinkunft.

Das völkerrechtliche Rahmenabkommen soll die künftige Rechtsanpassung unter erleichterten Voraussetzungen ermöglichen. Es ist offen, ergänzungsfähig und beschränkt sich auf die Festlegung der Grundsätze über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken über den Rhein. Die Einbeziehung nicht nur der oben genannten Grenzbrücken in den Anwendungsbereich des Abkommens geschieht durch diplomatischen Notenwechsel.

B. Lösung

Durch das Vertragsgesetz sollen die verfassungsrechtlich vorgesehenen Voraussetzungen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Begründung der völkerrechtlichen Vertragsbindung der Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf das Rahmenabkommen geschaffen werden. Die im Vertragsgesetz vorgesehene innerstaatliche Umsetzung von diplomatischen Notenwechseln zur Einbeziehung weiterer Grenzbrücken in den Anwendungsbereich des Abkommens durch Rechtsverordnung ermöglicht eine rasche Anpassung des nationalen Rechts.

Fristablauf: 01. 02. 02

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Keine

2. Vollzugsaufwand

Kein Vollzugsaufwand

E. Sonstige Kosten

Auswirkungen für die sozialen Sicherungssysteme und Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau sind nicht zu erwarten. Für die Wirtschaft, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, entstehen keine Kosten.

21. 12. 01

Vk

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 12. Juni 2001
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken über den Rhein,
die nicht in der Baulast der Vertragsparteien liegen**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
022 (323) – 900 01 – De 2/01

Berlin, den 21. Dezember 2001

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 12. Juni 2001 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken über den Rhein, die nicht in der Baulast der Vertragsparteien liegen

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen.

Gerhard Schröder

Entwurf**Gesetz**

**zu dem Abkommen vom 12. Juni 2001
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken über den Rhein,
die nicht in der Baulast der Vertragsparteien liegen**

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Freiburg am 12. Juni 2001 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken über den Rhein, die nicht in der Baulast der Vertragsparteien liegen, wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, Notenwechsel gemäß Artikel 3 des Abkommens durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen.

Artikel 3

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 13 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

I. Allgemeiner Teil

Durch dieses Gesetz werden die Regelungen des am 12. Juni 2001 unterzeichneten Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik in nationales Recht umgesetzt.

Die Einbeziehung von Brückenbauprojekten in den Anwendungsbereich des völkerrechtlichen Abkommens erfolgt durch diplomatischen Notenwechsel. Die im Vertragsgesetz vorgesehene innerstaatliche Umsetzung von diplomatischen Notenwechseln in nationales Recht geschieht durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates und ermöglicht eine rasche Anpassung des nationalen Rechts.

II. Besonderer Teil

Zu Artikel 1

Nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes bedarf die Begründung der völkerrechtlichen Vertragsbindung im Hinblick auf das Abkommen eines Vertragsgesetzes, da sich das Abkommen auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 in Verbindung mit Artikel 106 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das Abkommen Steuern berührt, deren Aufkommen den Ländern oder Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Artikel 2 ermächtigt die Bundesregierung, Notenwechsel gemäß Artikel 3 des Abkommens zur Einbeziehung von Brückenbauwerken in den Anwendungsbereich dieses Abkommens durch Rechtsverordnung in innerstaatliches Recht umzusetzen. Die Ermächtigung ist auf einen konkreten Adressaten und ein genau bezeichnetes Regelungsobjekt beschränkt, so dass Inhalt und Ausmaß der Verordnungsermächtigung hinreichend präzise begrenzt sind. Durch die vorgesehene vereinfachte Einbeziehung von Projekten in den Anwendungsbereich des Abkommens mittels diplomatischen Notenwechsels wird das Erfordernis obsolet, bei jedem neuen Brückenbauwerk zeitaufwendig ein Regierungsabkommen zu schließen und ein Vertragsgesetz zu beschließen. Statt dessen genügen ein Notenwechsel und dessen Umsetzung in nationales Recht durch Rechtsverordnung. Die Rechtsverordnung bedarf der Zustimmung des Bundesrates, da sie auf Grund eines Gesetzes ergeht, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf (Artikel 80 Abs. 2 Grundgesetz). Die Ermächtigung schafft die Voraussetzung für eine rasche, dynamische Anwendung der Rahmenregelungen des Abkommens.

Zu Artikel 3

Absatz 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 13 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkungen

Das Rahmenabkommen hat keine Auswirkungen auf die Haushalte des Bundes, der Länder und Kommunen. Es ermöglicht Ländern und Kommunen, Grenzbrücken im Zuge von öffentlichen Straßen, die in ihrer Baulast stehen, zu errichten und erleichtert das Verwaltungshandeln vor Ort.

Kosten entstehen durch das Gesetz weder bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere nicht bei mittelständischen Unternehmen, noch bei sozialen Sicherungssystemen.

Vor diesem Hintergrund sind Auswirkungen auf Einzelpreise, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, nicht zu erwarten.

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken über den Rhein,
die nicht in der Baulast der Vertragsparteien liegen

Accord
entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et le Gouvernement de la République française
relatif à la construction et à l'entretien de ponts frontières sur le Rhin
dont les Parties contractantes n'assurent pas la maîtrise d'ouvrage

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Französischen Republik –

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et
le Gouvernement de la République française –

in Anbetracht des Abkommens vom 30. Januar 1953 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die festen Brücken und Fähren über den Rhein an der deutsch-französischen Grenze,

Considérant l'Accord du 30 janvier 1953 entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République française relatif aux ponts fixes et bacs sur le Rhin à la frontière franco-allemande,

in Anbetracht des Übereinkommens vom 23. Januar 1996 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Französischen Republik, der Regierung des Großherzogtums Luxemburg und dem schweizerischen Bundesrat, handelnd im Namen der Kantone Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Jura, über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und örtlichen öffentlichen Stellen (sogenanntes Karlsruher Übereinkommen),

considérant l'Accord du 23 janvier 1996 (dit Accord de Karlsruhe), conclu entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, le Gouvernement de la République française, le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg et le Conseil fédéral suisse, agissant au nom des cantons de Soleure, de Bâle-Ville, de Bâle-Campagne, d'Argovie et du Jura, sur la coopération transfrontalière entre collectivités territoriales et organismes publics locaux,

in Anlehnung an die Bestimmungen des Vertrages vom 27. Oktober 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Ausbau des Oberrheins zwischen Basel und Straßburg,

rappelant les dispositions du Traité du 27 octobre 1956, conclu entre la République fédérale d'Allemagne et la République française, relatif à l'aménagement du cours supérieur du Rhin entre Bâle et Strasbourg,

in dem Bestreben, die nachbarschaftlichen Verbindungen zu erleichtern,

animés du désir de faciliter les liaisons de voisinage,

mit dem Ziel, die Grundsätze über den Bau, die Finanzierung und die Erhaltung von Grenzbrücken zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen, in der Französischen Republik im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Autobahnen und der Nationalstraßen zu regeln –

dans le but de définir les principes relatifs à la construction, au financement et à l'entretien de ponts frontières entre la République fédérale d'Allemagne et la République française en liaison avec des voies publiques en dehors du réseau des routes fédérales de grande communication en République fédérale d'Allemagne et des autoroutes et des routes nationales en France –

sind wie folgt übereingekommen:

sont convenus des dispositions suivantes:

Artikel 1

Article 1^{er}

Dieses Abkommen regelt die Grundsätze über den Bau und die Erhaltung der Grenzbrücken über den Rhein in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen, in der Französischen Republik im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Autobahnen und der Nationalstraßen. Es ist auf Brücken anwendbar, die nicht in der Baulast der Vertragsparteien liegen.

Le présent Accord définit les principes relatifs à la construction et à l'entretien des ponts frontières sur le Rhin, en liaison avec des voies publiques en dehors du réseau des autoroutes et des routes nationales en France, en liaison avec des voies publiques en dehors du réseau des routes fédérales de grande communication en République fédérale d'Allemagne. Il s'applique aux ponts dont la maîtrise d'ouvrage n'est pas assurée par les Parties contractantes.

Artikel 2

Article 2

Im Sinne dieses Abkommens gelten als

Aux fins du présent accord, on entend par:

1. „Grenzbrücke“ eine Brücke, die die Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik überspannt;

1. Pont frontière: un pont installé sur la frontière établie entre la France et l'Allemagne;

2. „öffentliche Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen“ in der Bundesrepublik Deutschland Landes-, Kreis-, Gemeindestraßen und sonstige öffentliche Wege;
3. „öffentliche Straßen außerhalb des Netzes der Autobahnen und der Nationalstraßen“ in der Französischen Republik alle öffentlichen Straßen in der Baulast der Gebietskörperschaften und ihrer Zusammenschlüsse;
4. „den Grenzbrücken zugehörige Anlagen“ die Zufahrten, Uferbefestigungen und Entwässerungs- und Beleuchtungseinrichtungen sowie die Verkehrssicherungseinrichtungen im Bereich der Grenzbrücken;
5. „Bauausführung“ insbesondere die Erstellung der Vermessungsunterlagen, die Baugrunduntersuchung, die Planung sowie der Entwurf, die Ausschreibung, die Prüfung der Ausführungsunterlagen, die Auftragsvergabe, der Bau, die Bauüberwachung und die Prüfung der Abrechnung der vertraglichen Leistungen, die Abnahme des Bauwerks und die Arbeiten im Rahmen der Gewährleistung;
6. „Erhaltung“ alle Arbeiten, die zur Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücken und der zugehörigen Anlagen erforderlich sind, und insbesondere alle Maßnahmen, die die ordnungsgemäße Nutzung und den entsprechenden technischen Stand der Grenzbrücken unter Wahrung der Tragfähigkeit gewährleisten, ohne die wesentlichen Abmessungen und die statischen Verhältnisse der Grenzbrücke zu verändern;
7. „Betrieb“ alle Maßnahmen und Eingriffe im Hinblick auf die ganzjährige Gewährleistung der Verkehrssicherheit der berechtigten Benutzer unter den bestmöglichen Sicherheitsbedingungen, dies umfasst insbesondere die Reinigung des Bauwerks und den Winterdienst;
8. „Verwaltung“ alle notwendigen Maßnahmen zur ordnungsgemäßen Bewirtschaftung des Bauwerks;
9. „zuständige Stellen“ in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht der Vertragsparteien die Gebietskörperschaften, ihre Zusammenschlüsse insbesondere die im Karlsruher Übereinkommen vom 23. Januar 1996 vorgesehenen und alle anderen juristischen Personen mit Ausnahme der Vertragsparteien, denen die Bauausführung, die Finanzierung, die Erhaltung und gegebenenfalls der Betrieb der Grenzbrücke obliegen.
2. Voies publiques en dehors du réseau des routes fédérales de grande communication: en République fédérale d'Allemagne, les routes à la charge des Länder, des circonscriptions, des communes et tout autre chemin public;
3. Voies publiques en dehors du réseau des autoroutes et routes nationales: en France, toutes les voies publiques à la charge des collectivités territoriales et de leurs groupements;
4. Équipements annexes des ponts frontières: les voies d'accès, les défenses de rives ainsi que les dispositifs de drainage et d'éclairage et les installations destinées à assurer la sécurité de la circulation dans le secteur des ponts frontières;
5. Travaux de construction: notamment les opérations foncières et topographiques, les expertises techniques, les études de conception, le projet, l'appel d'offres, la vérification des cahiers des charges, la passation des marchés, la construction, la surveillance des travaux de construction et le contrôle des décomptes des prestations contractuelles, la réception de l'ouvrage et les travaux exécutés au titre de la garantie;
6. Entretien: tous les travaux nécessaires à la maintenance, à la remise en état et à la réfection des ponts frontières et des équipements annexes, et notamment toutes les opérations garantissant une utilisation normale des ponts frontières et leur maintien dans un bon état technique, conformément à la capacité de charge, sans modification importante de leurs dimensions constitutives et de leurs caractéristiques statiques;
7. Exploitation: toutes mesures et interventions visant à assurer la circulation sur l'ouvrage des usagers autorisés tout au long de l'année et dans les meilleures conditions de sécurité, ce qui inclut notamment le nettoyage et le service hivernal;
8. Gestion administrative: toutes mesures nécessaires pour l'exploitation réglementaire de l'ouvrage;
9. Instances compétentes: conformément aux législations nationales des Parties contractantes, les collectivités territoriales, leurs groupements, notamment ceux prévus par l'Accord de Karlsruhe du 23 janvier 1996, et toutes personnes morales autres que les Parties contractantes, chargées d'assurer les travaux de construction, le financement, l'entretien et, le cas échéant, l'exploitation du pont frontière.

Artikel 3

Die Errichtung einer Grenzbrücke gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens wird durch eine Vereinbarung zwischen den Vertragsparteien gebilligt, welche die Form eines Notenwechsels haben kann.

Artikel 4

(1) Sämtliche Bestimmungen bezüglich des Bauprogramms, der Bauausführung, der Finanzierung, der Erhaltung und gegebenenfalls des Betriebs werden in einem Rechtsakt der zuständigen Stellen oder der zuständigen Stelle festgelegt. Je nach Fall und nach Maßgabe des für die betroffenen zuständigen Stellen geltenden Rechts hat dieser Rechtsakt die Form eines Beschlusses, eines öffentlich-rechtlichen Vertrages oder einer Vereinbarung.

(2) Dieser Rechtsakt enthält insbesondere Bestimmungen über

- die Bezeichnung der zuständigen Stelle, der die Bauausführung obliegt,
- die Bezeichnung der zuständigen Stelle, die mit der Erhaltung, Verwaltung und gegebenenfalls dem Betrieb des Bauwerks beauftragt ist,
- das auf ihn anwendbare Recht,
- die Modalitäten für den Erwerb oder die Bereitstellung der für die Ausführung des Bauwerks notwendigen Grundstücke,

Article 3

La construction d'un pont frontière selon les dispositions du présent Accord est autorisée par un accord entre les Parties contractantes. Cet accord peut prendre la forme d'un échange de notes.

Article 4

(1) Toutes les dispositions concernant le programme, les travaux de construction, le financement, l'entretien et, le cas échéant, l'exploitation sont prévues par un acte juridique adopté par la ou les instances compétentes concernées. Selon le cas et conformément au droit applicable aux instances compétentes concernées, cet acte juridique prend la forme d'une délibération, d'une convention ou d'un contrat.

(2) Cet acte juridique contient notamment les dispositions concernant:

- le nom de l'instance compétente qui assure la maîtrise d'ouvrage,
- le nom de l'instance compétente chargée de la gestion administrative, de l'entretien et, le cas échéant, de l'exploitation de l'ouvrage,
- le droit qui lui est applicable,
- les modalités d'acquisition ou de mise à disposition des terrains nécessaires à la construction de l'ouvrage,

- sämtliche technischen Angaben des Bauwerks,
- die Finanzierung,
- das Eigentum am Bauwerk,
- die Bauausführung, die zugehörigen Anlagen und die Erhaltung des Bauwerks.

(3) Unbeschadet der Artikel 8 und 9 dieses Abkommens bestimmt sich das auf den Bau, die Verwaltung, die Erhaltung und gegebenenfalls den Betrieb der Grenzbrücke anzuwendende Recht nach dem Recht der Vertragspartei, in deren Zuständigkeitsbereich die damit beauftragte Stelle fällt. Die zuständigen Stellen, die nicht mit der Verwaltung, Erhaltung und gegebenenfalls dem Betrieb des Bauwerks beauftragt sind, können für Schäden, die aufgrund dieses Bauwerks eingetreten sind, nicht haftbar gemacht werden.

(4) Bei der Aufteilung der Kosten zwischen den zuständigen Stellen gemäß des Rechtsaktes bleibt die deutsche Umsatzsteuer oder die französische Mehrwertsteuer, die in den Kosten enthalten ist, unberücksichtigt. Die in den Kosten enthaltene deutsche Umsatzsteuer wird allein von der deutschen Seite getragen. Die in den Kosten enthaltene französische Mehrwertsteuer wird allein von der französischen Seite getragen.

Artikel 5

(1) Für jedes Bauvorhaben einer Grenzbrücke bilden die zuständigen Stellen eine deutsch-französische Arbeitsgruppe.

(2) Die Arbeitsgruppe hat eine beratende Aufgabe bei Fragen, die sich hinsichtlich der Finanzierung, der Bauausführung, der dazugehörigen Anlagen und der Erhaltung der Grenzbrücke ergeben. Sie unterbreitet den zuständigen Stellen Vorschläge insbesondere zu

- dem Standort, den Abmessungen und den Merkmalen der Grenzbrücke,
- der Bauausführung,
- den Zahlungen und den Zahlungsbedingungen,
- den Grundsätzen für die Erhaltung des Bauwerks und der zugehörigen Anlagen.

(3) Die zuständigen Stellen sind verpflichtet, der Arbeitsgruppe die notwendigen Unterlagen vorzulegen, um die Vorschläge der Arbeitsgruppe vorzubereiten.

(4) Die Arbeitsgruppe kann zu den Sitzungen Experten einladen.

(5) Die Arbeitsgruppe macht ihre Vorschläge grundsätzlich im gegenseitigen Einvernehmen. Falls abweichende Meinungen auftreten, werden sie den zuständigen Stellen mitgeteilt.

Artikel 6

Die vorhandenen technischen Unterlagen für den Bau der Grenzbrücke werden der jeweils zuständigen Stelle durch die nicht bauausführende zuständige Stelle kostenlos zur Verfügung gestellt, insbesondere geodätische Vermessungsunterlagen und Baugrunduntersuchungen.

Artikel 7

Die Oberrheinkonferenz ist durch die zuständigen Stellen über das jeweilige Brückenbauvorhaben zu unterrichten.

Artikel 8

(1) Die beim Bau, der Erhaltung, dem Betrieb und der Kontrolle der Grenzbrücken beteiligten Staatsangehörigen der Vertragsparteien wie auch alle anderen an den vorgenannten Tätigkeiten beteiligten Personen, die weder in der Bundesrepublik Deutsch-

- toutes les caractéristiques techniques de l'ouvrage,
- le financement,
- la propriété de l'ouvrage,
- les travaux de construction, les équipements annexes et l'entretien de l'ouvrage.

(3) Sans préjudice des articles 8 et 9 du présent Accord, le droit applicable à la construction, à la gestion administrative, à l'entretien et, le cas échéant, à l'exploitation du pont frontière est celui de la Partie contractante dont relève l'instance compétente qui en est chargée. La responsabilité des instances compétentes qui ne sont pas chargées de la gestion, de l'entretien ou, le cas échéant, de l'exploitation de l'ouvrage ne saurait être engagée à raison des dommages survenus du fait de cet ouvrage.

(4) Pour la ventilation des coûts entre les instances compétentes conformément à l'acte juridique, il n'y a pas lieu de tenir compte de la taxe allemande sur le chiffre d'affaires ou de la taxe française sur la valeur ajoutée, comprise dans les coûts. La taxe allemande sur le chiffre d'affaires comprise dans les coûts est seulement supportée par l'instance allemande compétente. La taxe française sur la valeur ajoutée comprise dans les coûts est seulement supportée par l'instance française compétente.

Article 5

(1) Pour chaque projet de construction d'un pont frontière, les instances compétentes créent un groupe de travail franco-allemand.

(2) Le groupe de travail exerce un rôle consultatif quant aux questions de financement, de travaux de construction, d'équipements annexes et d'entretien du pont frontière. Il soumet des propositions aux instances compétentes, notamment en ce qui concerne:

- l'emplacement, les dimensions et les caractéristiques du pont frontière,
- les travaux de construction,
- les paiements et les conditions de paiement,
- les principes relatifs à l'entretien de l'ouvrage et des équipements annexes.

(3) Les instances compétentes sont tenues de fournir au groupe de travail les documents nécessaires à la préparation des propositions du groupe de travail.

(4) Le groupe de travail peut inviter des experts à participer aux réunions.

(5) En principe, le groupe de travail formule ses propositions d'un commun accord. Si des propositions divergentes apparaissent au sein du groupe de travail, elles sont présentées aux instances compétentes.

Article 6

Le dossier technique existant relatif à la construction du pont frontière est mis gratuitement à la disposition des instances compétentes par le maître d'ouvrage, et en particulier les relevés topographiques et les expertises relatives aux terrains.

Article 7

La Conférence du Rhin supérieur doit être informée par les instances compétentes de chacun des projets de construction de pont.

Article 8

(1) Les ressortissants des Parties contractantes participant à la construction, à l'entretien, à l'exploitation et au contrôle des ponts frontières, ainsi que toutes les autres personnes participant aux opérations susmentionnées, qui ne sont soumis à

land noch in der Französischen Republik noch in einem der Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraumes der Visumpflicht unterliegen, dürfen zur Wahrnehmung der Aufgaben nach diesem Abkommen die Staatsgrenze im Bereich der Grenzbrücken und der Baustellen überschreiten und sich auf dem Teil der Grenzbrücken und der Baustellen aufhalten, der auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei liegt, ohne dass sie dafür einer Aufenthaltsgenehmigung bedürfen, wenn sie ein gültiges und von den Vertragsparteien anerkanntes Dokument mit sich führen, das zum Überschreiten der Staatsgrenze berechtigt. Staatsangehörige anderer Staaten dürfen zur Wahrnehmung der oben genannten Aufgaben die Staatsgrenze im Bereich der Grenzbrücken und der Baustellen überschreiten und sich auf dem Teil der Grenzbrücken und der Baustellen aufhalten, der auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei liegt, wenn sie die nach dem Recht der betreffenden Vertragsparteien erforderlichen Dokumente und Erlaubnisse mit sich führen.

(2) Die beim Bau einer Grenzbrücke beschäftigten Personen unterliegen den deutschen Rechtsvorschriften über die Erteilung einer Arbeitsgenehmigung an ausländische Arbeitnehmer, wenn einer zuständigen deutschen Stelle die Bauausführung obliegt; sie unterliegen den französischen Rechtsvorschriften über die Erteilung einer Arbeitsgenehmigung an ausländische Arbeitnehmer, wenn einer zuständigen französischen Stelle die Bauausführung obliegt. Das gilt unabhängig davon, ob die Arbeiten im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland oder im Hoheitsgebiet der Französischen Republik ausgeführt werden. Personen, welche mit der Erhaltung und dem Betrieb von Grenzbrücken beauftragt sind, insbesondere mit den damit zusammenhängenden Planungen und Kontrollen, benötigen keine Arbeitsgenehmigung des anderen Staates, den sie nach Absatz 1 berechtigt betreten dürfen.

(3) Die Vertragsparteien verpflichten sich, Personen, die aufgrund dieses Abkommens in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gelangt sind und dabei die Bestimmungen dieses Abkommens verletzt haben oder sich dort rechtswidrig aufhalten, jederzeit formlos zurückzunehmen.

Artikel 9

(1) Der Anwendungsbereich der innerstaatlich geltenden Rechtsvorschriften über die indirekten Steuern auf Lieferungen von Gegenständen und auf Dienstleistungen sowie auf den innergemeinschaftlichen Erwerb und die Einfuhr von Gegenständen, die für den Bau, die Erhaltung oder den Betrieb einschließlich des Winterdienstes und der laufenden Reinigung der Rheinbrücke bestimmt sind, reicht jeweils bis zur Mitte der Grenzbrücke.

(2) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden der Vertragsstaaten verständigen sich und leisten einander jede notwendige Information und Unterstützung bei der Anwendung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Bestimmungen des Absatzes 1. Vertreter dieser Behörden sind berechtigt, sich auf den Baustellen und Grenzbrücken aufzuhalten und dort die Maßnahmen im Rahmen der Bestimmungen des Absatzes 1 zu treffen, die in ihren Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehen sind.

(3) Dieses Abkommen berührt nicht die Anwendung des Abkommens vom 21. Juli 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern in der Fassung des Revisionsprotokolls vom 9. Juni 1969 und des Zusatzabkommens vom 28. September 1989 unter Berücksichtigung möglicher späterer Änderungen.

l'obligation de visa ni en République fédérale d'Allemagne, ni en France, ni dans l'un des États membres de l'Union européenne ou de l'Espace économique européen, sont autorisés à franchir la frontière dans la zone des ponts frontières et des chantiers, pour s'acquitter des tâches qui leur sont imparties aux termes du présent Accord et à séjourner sur la portion des ponts frontières et des chantiers se trouvant sur le territoire national de l'autre Partie contractante, sans avoir besoin à cet effet d'un permis de séjour, s'ils sont porteurs d'un document d'identité en cours de validité, reconnu par les Parties contractantes, les autorisant à franchir la frontière. Les ressortissants des autres États sont autorisés à franchir la frontière dans la zone des ponts frontières et des chantiers, pour s'acquitter des tâches susmentionnées, et à séjourner sur la portion des ponts frontières et des chantiers se trouvant sur le territoire national de l'autre Partie contractante, à condition d'être porteurs des documents et permis requis aux termes des législations des Parties contractantes concernées.

(2) Les personnes employées à la construction d'un pont frontière sont soumises aux lois et règlements allemands en matière de délivrance de permis de travail à des travailleurs étrangers si l'exécution des travaux de construction incombe à une instance compétente allemande. Elles sont soumises aux lois et règlements français en matière de délivrance de permis de travail à des travailleurs étrangers si l'exécution des travaux de construction incombe à une instance compétente française. Cette disposition est applicable, que les travaux soient exécutés sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne ou sur le territoire de la République française. Une fois le pont achevé, les personnes chargées de son entretien, de son exploitation, notamment celles chargées des contrôles techniques nécessaires et de la planification des tâches, et autorisées à entrer sur le territoire d'une des Parties contractantes aux termes des dispositions du paragraphe premier du présent article n'ont pas besoin, à cet effet, d'un permis de travail délivré par les autorités compétentes de la Partie contractante concernée.

(3) Les Parties contractantes s'engagent à réadmettre à tout moment, sans aucune formalité, les personnes qui, du fait du présent Accord, seraient parvenues sur le territoire de l'autre Partie contractante en violation des dispositions du présent Accord ou qui y séjournent de manière illégale.

Article 9

(1) Pour l'application des dispositions relatives aux impôts indirects sur les livraisons de matériel et les services, ainsi que sur les acquisitions intracommunautaires et sur l'importation d'objets destinés à la construction, à l'entretien ou à l'exploitation, y compris le service d'entretien d'hiver et le nettoyage courant du pont sur le Rhin, le milieu du pont frontière est réputé limite territoriale au sens du présent Accord.

(2) Les administrations fiscales et douanières compétentes des États contractants se concertent et se transmettent toutes informations et s'apportent tout soutien nécessaire à l'application de leurs dispositions internes dans le cadre des dispositions du paragraphe 1. Les représentants de ces administrations sont habilités à séjourner sur les chantiers et les ponts frontières et à y prendre dans le cadre des dispositions du paragraphe 1 les mesures prévues par leurs droits internes.

(3) Le présent Accord est sans préjudice de la Convention du 21 juillet 1959, conclue entre la République française et la République fédérale d'Allemagne en vue d'éviter les doubles impositions et d'établir des règles d'assistance administrative et juridique réciproque en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune ainsi qu'en matière de contributions des patentes et de contributions foncières (ensemble un protocole et un échange de lettres) telle que modifiée par des avenants du 9 juin 1969 et du 28 septembre 1989 et compte tenu des avenants ultérieurs éventuels amendant cette convention.

Artikel 10

Die Übermittlung von personenbezogenen Daten im Rahmen der Anwendung dieses Abkommens erfolgt nach Maßgabe der Bestimmungen des Anhangs, der Teil des Abkommens ist.

Article 10

Les communications de données à caractère personnel auxquelles pourra donner lieu l'application du présent Accord sont soumises aux dispositions prévues par une annexe au présent Accord, qui fait partie intégrante dudit Accord.

Artikel 11

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden auf diplomatischem Wege gelöst.

Article 11

Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Accord sont réglés par voie diplomatique.

Artikel 12

Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

Article 12

Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée.

Artikel 13

Die Vertragsparteien notifizieren einander, dass die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt sind, das am ersten Tag des zweiten Monats nach Eingang der letzten Notifikation in Kraft tritt.

Article 13

Chacune des Parties contractantes notifie à l'autre l'accomplissement des procédures internes requises en ce qui la concerne pour l'entrée en vigueur du présent Accord qui prend effet le premier-jour du deuxième mois suivant le jour de réception de la seconde notification.

Geschehen zu Freiburg im Breisgau am 12. Juni 2001 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Fait à Fribourg-en-Brisgau, le 12 juin 2001, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
J. Fischer

Für die Regierung der Französischen Republik
Pour le Gouvernement de la République française
Hubert Védrine

Anhang
zum Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken über den Rhein,
die nicht in der Baulast der Vertragsparteien liegen

Annexe
à l'Accord
entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et le Gouvernement de la République française
relatif à la construction et à l'entretien de ponts frontières sur le Rhin
dont les Parties contractantes n'assurent pas la maîtrise d'ouvrage

Unter Beachtung des nationalen Rechts jeder Vertragspartei erfolgen Übermittlung und Verwendung von personenbezogenen Daten, im Weiteren „Daten“ genannt, im Rahmen dieses Abkommens nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

1. Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle der anderen Vertragspartei auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu den in diesem Abkommen bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgegebenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zulässig zur Verhütung und Verfolgung von Verbrechen und Vergehen von erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit im Rahmen der Anwendung dieses Abkommens.
3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der übermittelten Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zur Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden.

Erweist sich, dass unrichtige oder unvollständige Daten im Hinblick auf den Zweck, für den sie gesammelt oder später verwendet wurden oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
4. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Daten sowie über ihren vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Die Erteilung einer solchen Auskunft kann verweigert werden, wenn das Interesse des Staates, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Antragstellers überwiegt. Das Recht des Betroffenen auf Auskunftserteilung richtet sich nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
5. Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung der Daten auf die nach ihrem nationalen Recht vorgesehenen Fristen für die Aufbewahrung dieser Daten hin, nach deren Ablauf sie gelöscht werden müssen. Unabhängig von diesen Fristen

Aux fins du présent Accord, la communication et l'utilisation d'informations relatives aux personnes (désignées par la suite par le mot: informations) s'effectuent, conformément à la législation nationale de chacune des Parties contractantes, selon les modalités suivantes:

1. Le service destinataire informe, sur demande, le service émetteur de l'autre Partie contractante, de l'utilisation des informations communiquées et des résultats ainsi obtenus;
2. L'utilisation des informations par le destinataire n'est autorisée qu'aux fins stipulées dans le présent Accord et dans les conditions prescrites par le service émetteur. Leur utilisation est en outre autorisée en vue de la prévention et de la poursuite des crimes et délits, pour se prémunir des dangers graves pouvant affecter la sécurité publique dans le cadre de l'application du présent Accord;
3. Le service émetteur s'engage à veiller à l'exactitude des informations communiquées, au caractère nécessaire de la communication et à l'absence de disproportion entre les informations et l'objectif recherché. À cet égard, les motifs de non-communication en vigueur selon le droit applicable dans chacun des États contractants s'appliquent. La transmission d'informations ne se fait pas si le service émetteur est fondé à penser que cette transmission irait à l'encontre de l'objectif d'une loi nationale ou affecterait des intérêts personnels dignes de protection. S'il s'avère qu'ont été communiquées des informations inexactes ou incomplètes au regard des finalités pour lesquelles elles sont collectées ou pour lesquelles elles sont traitées ultérieurement, ou qui n'auraient pas dû être communiquées, le destinataire doit en être informé sans délai. Il est alors dans l'obligation de procéder à la correction ou à la destruction de ces informations;
4. L'intéressé doit être renseigné, sur demande, sur les informations détenues concernant sa personne, ainsi que sur l'usage qu'il est prévu d'en faire. La communication de tels renseignements peut être refusée si l'intérêt de l'État à ne pas fournir ces renseignements prévaut sur l'intérêt du demandeur. Le droit de l'intéressé à obtenir lesdits renseignements relève de la législation interne de la Partie contractante sur le territoire de laquelle les renseignements sont demandés;
5. Le service émetteur précise, lors de la communication des informations, les délais prévus par la législation nationale pour la conservation desdites informations et la date à laquelle elles doivent obligatoirement être effacées. Indépendam-

sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.

6. Die übermittelnde und die empfangende Stelle stellen sicher, dass die Übermittlung und der Empfang der Daten aktenkundig gemacht wird.
7. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

ment de ces délais, les informations communiquées doivent être effacées dès qu'elles ne sont plus nécessaires pour les fins auxquelles elles ont été transmises;

6. Le service émetteur et le service destinataire s'engagent à prendre acte de la communication et de la réception d'informations;
7. Le service émetteur et le service destinataire sont tenus de protéger efficacement les informations communiquées contre tout accès, modification et publication non autorisés.

Denkschrift zum Abkommen

I. Allgemeiner Teil

Das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken über den Rhein, die nicht in der Baulast der Vertragsparteien liegen, wurde nach intensiven Vertragsverhandlungen auf dem deutsch-französischen Gipfel am 12. Juni 2001 in Freiburg im Breisgau unterzeichnet.

Aufgrund des beabsichtigten Baues von zunächst drei neuen Grenzbrücken über den Rhein (Hartheim/Fessenheim, Weil am Rhein/Hünningen, Kehl/Straßburg) bestand völkerrechtlicher Regelungsbedarf. Brückenbauwerke erfordern vor allem völkerrechtliche Regelungen, damit sie unter einem einheitlichen Rechtsregime abgewickelt werden können, d. h. der Bau und die Erhaltung des Bauwerkes ausschließlich deutschem oder französischem Recht unterliegen.

Das völkerrechtliche Rahmenabkommen soll die künftige Rechtsanpassung unter erleichterten Voraussetzungen ermöglichen. Es ist offen, ergänzungsfähig und beschränkt sich auf die einheitliche Festlegung von Grundsätzen über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken über den Rhein an der deutsch-französischen Grenze im Zuge von Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen. Das Abkommen enthält die völkerrechtlich notwendigen Bestimmungen. Es gilt nicht nur für die drei genannten, sondern für eine Vielzahl von Grenzbrücken. Die Einbeziehung von Grenzbrücken in den Anwendungsbereich des Abkommens erfolgt durch diplomatischen Notenwechsel. Neben der Zulassung eines einheitlichen Rechtsregimes und der vereinfachten Rechtsanpassung schaffen darüber hinaus die in den Artikeln 8 und 9 getroffenen Erleichterungen im Bereich des Aufenthalts-, Arbeitsgenehmigungs-, Steuer- und Zollrechts erhebliche Vereinfachungen in technischer und praktischer Hinsicht für die Verwaltungen und Unternehmen.

Vereinbarungen über die Planung, die Finanzierung, die Bestimmung der den Bau und die Erhaltung ausführenden Stelle werden durch Vereinbarungen der zuständigen Stellen vor Ort geschlossen und die Projekte dadurch von den örtlich zuständigen Straßenbaulastträgern gestaltet.

II. Besonderer Teil

Artikel 1 regelt den Gegenstand des Abkommens: Festlegung der Grundsätze über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken über den Rhein an der deutsch-französischen Grenze im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Autobahnen und Nationalstraßen. In der Bundesrepublik Deutschland ist das Abkommen auf Grenzbrücken im Zuge von Straßen

anwendbar, die in der Straßenbaulast der Länder, Kreise und Gemeinden liegen.

Artikel 2 enthält Begriffsbestimmungen.

Artikel 3 bestimmt, dass die örtlich zuständigen Stellen in einem Rechtsakt konkrete Festlegungen über einzelne Brückenbauwerke treffen können, den die Parteien des Abkommens durch einen völkerrechtlichen Vertrag, z. B. einen Notenwechsel, billigen.

Artikel 4 Absatz 1 und 2 verpflichtet die zuständigen Stellen oder die zuständige Stelle zum Abschluss des Rechtsaktes. In ihm sind u. a. Regelungen über das Bauprogramm, die Bauausführung, die Finanzierung und Erhaltung der Brücke zu treffen und es ist festzulegen, welches Recht auf den Rechtsakt selbst Anwendung findet.

Absatz 3 bestimmt, dass der Bau, die Verwaltung, die Erhaltung und gegebenenfalls der Betrieb dem Recht der Vertragspartei unterliegen, in deren Zuständigkeitsbereich die mit diesen Tätigkeiten beauftragte Stelle fällt. Er sieht zudem vor, dass die für die Verwaltung, Erhaltung und gegebenenfalls den Betrieb zuständige Stelle, der auch die Verkehrssicherungspflicht obliegt, die jeweils betroffene zuständige Stelle der anderen Vertragspartei, die keinen Einfluss auf den Zustand der Grenzbrücke hat, von Ansprüchen Dritter freistellt.

Absatz 4 legt fest, dass bei der Aufteilung der Kosten zwischen den zuständigen Stellen die deutsche Umsatzsteuer oder die französische Mehrwertsteuer, die in den Kosten enthalten ist, unberücksichtigt bleibt. Die in den Kosten enthaltene Umsatzsteuer wird von der deutschen Seite und die in den Kosten enthaltene französische Mehrwertsteuer wird von der französischen Seite getragen.

Artikel 5 sieht die Bildung einer deutsch-französischen Arbeitsgruppe vor, die vor allem beratende Funktion hat. Die zuständigen Stellen haben ihr die hierzu erforderlichen Unterlagen vorzulegen.

Artikel 6 legt fest, dass vorhandene technische Unterlagen für den Bau der Grenzbrücke der für den Bau ausführenden Stelle jeweils kostenlos zur Verfügung zu stellen sind.

Artikel 7 schreibt eine Unterrichtung der Oberrheinkonferenz über das Brückenbauvorhaben durch die zuständigen Stellen vor.

Artikel 8 bestimmt, unter welchen Voraussetzungen die beim Bau, der Erhaltung, dem Betrieb und der Kontrolle

der Grenzbrücken Beschäftigten der Vertragsstaaten und Staatsangehörige anderer Staaten die Grenze überschreiten und sich auf der Baustelle aufhalten dürfen. Die Erteilung von Arbeitsgenehmigungen an ausländische Arbeitnehmer für den Bau der Grenzbrücke richtet sich nach den nationalen Vorschriften, denen die bauausführende zuständige Stelle unterliegt. Personen, die mit der Erhaltung, dem Betrieb und der Kontrolle beauftragt sind, benötigen keine Arbeitsgenehmigung des anderen Staates, sofern sie ihn berechtigterweise betreten dürfen.

Artikel 9 schreibt für den Bereich der indirekten Steuern auf die Lieferung von Gegenständen, die Einbringung von Dienstleistungen, den innergemeinschaftlichen Erwerb und für die Einfuhr von Gegenständen, die für den Bau und den Betrieb der Grenzbrücken bestimmt sind, vor, dass das innerstaatlich geltende Steuer- und Zollrecht jeweils bis zur Mitte der Grenzbrücke reicht.

Artikel 10 bestimmt, dass sich das Datenschutzrecht nach den detaillierten Bestimmungen des Anhangs zu diesem Abkommen, der Bestandteil desselben ist, richtet. Der Datenschutz wird unter Beachtung der nationalen Rechtsvorschriften gewährleistet, sofern aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden.

Artikel 11 regelt das Verfahren bei Meinungsverschiedenheiten.

Artikel 12 bestimmt die Geltungsdauer dieses Abkommens.

Artikel 13 legt den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Bestimmungen dieses Abkommens fest.

01.02.02**Stellungnahme****des Bundesrates**

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 12. Juni 2001 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken über den Rhein, die nicht in der Baulast der Vertragsparteien liegen

Der Bundesrat hat in seiner 772. Sitzung am 1. Februar 2002 beschlossen, gegen den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes keine Einwendungen zu erheben.